Entwurf einer Rede zum "Haushalt - 2019"
Ratssitzung, 13.12.2018
Bündnis 90 / Die Grünen - Fraktion im Rat der Stadt Lübbecke

„Haushalt 2019“

Nachstehend Entwurf einer Rede zum Haushalt 2019. (Es gilt das gesprochene Wort.)

Anfängliche Anmerkung:
Ich weiß um die Schwierigkeiten in der Kämmerei, in den letzten Wochen und Monaten, im Bezug auf EDV-Umstellung und Personalmangel. Dazu meine Anerkennung für die erbrachte Arbeitsleistung!
Dennoch würde ich mir wünschen, im Zusammenhang mit der nächsten Haushaltsberatung, mehr Vorbereitungszeit zu haben. Der Zeitraum zwischen Einbringung am 10.01.2019 und heutiger Beratung ist schon recht kurz in diesem Jahr ausgefallen. Er betrug gerade mal 35 Tage. Bei einem Umfang von mehr als 350 Seiten blieb für das Lesen, Nachfragen und sachgemäße Verstehen ein Pensum von 10 Seiten pro Tag, incl. der Wochenenden.
„Übrigens ohne Stellenplan.“

Zum Haushalt für 2019:
Es gibt Haushaltsberatungen, die scheinen auf den ersten Blick langweilig zu werden. Für die jetzt anstehende Haushaltsberatung hörte man im Vorfeld Bemerkungen wie: „Ein durch und durch unspektakulärer Haushalt. Nichts, worüber man sich streiten kann und soll. Der letzte Haushalt, der noch nicht von der kommenden Kommunalwahl in 2020 betroffen wird.“
Dazu gilt immer noch das Wort eines heimischen Fraktionsvorsitzenden aus dem letzten Jahr: „Worüber reden wir eigentlich, wir haben doch die Mehrheit“.
Dann wird im Vorfeld stolz verkündet - „..dass es doch Klasse wäre, wenn wir jetzt ein Haushaltsvolumen über 61 Millionen haben, ohne dass wir die Steuern erhöhen müssen.“
- Und wir regen uns darüber auf, dass der Kreis plant, die Kreisumlage in den nächsten Jahren ggf. zu erhöhen.
Danach sind wir dann mächtig stolz darauf, „dass unser Darlehensbestand seit 2009 um rund 12 % gefallen ist, nämlich von 20,5 Millionen auf 18.3 Millionen am Ende 2017. Nun im vorläufigen Plan 16,3 Millionen am Ende 2018 und dann planen wir für 2019 eine Erhöhung auf einen Darlehensbestand von 23,8 Mio.“
Wir hingegen, beschließen hier tatsächlich „sehenden Auges“ eine Neuverschuldung von über 5 Millionen und das in einer Zeit des Wirtschaftswachstums und fließender Steueraufnahmen. In einer Zeit, in der andere Kommunen Haushaltskonsolidierung betreiben und so viel wie möglich Schulden abbauen. Dass wir dabei eine Verpflichtungsermächtigung von rund 5,3 Millionen aus den vergangenen Jahren mit uns schleppen, interessiert anscheinend schon gar nicht mehr.
„Ein toller Haushaltsplan für 2019?“
Hier ein kurzer Überblick – „Was sind hier und heute eigentlich die wirklichen Kostenstellen?“
- etwa 2 Millionen EUR für Westertor, Niederwall und ZOB
- etwa 1,7 Millionen EUR für einen Kreisverkehr am Niederwall
- 2,5 Millionen EUR für die Immobilie Förderschulverband
- 2 Millionen EUR für die Kläranlage
- 800 Tausend EUR für die Erschließung neuer Baugebiete.

(letzte drei Punkte – sehr sinnvolle Ausgaben!)

Ich hör auch schon die Stimmen, die da vielleicht sagen „aber wir bekommen doch auch Fördermittel."
Das stimmt, jedoch sind Fördermittel auch Steuermittel der Bürger und dennoch bleibt dann immer noch ein Eigenanteil zu Lasten der Stadt.
Aber wo finden sich eigentlich die Geldbedarfe für die geplanten Planungen der anstehenden Modernisierung der Bäder, den Neubau von Parkplätzen, oder gar Parkhäusern?
Nicht in diesem Haushaltsentwurf. Das haben wir schon lange „outgesourced" zu den Wirtschaftsbetrieben.
Für mich bleibt immer noch das Thema fehlender Transparenz, Ehrlichkeit und Klarheit der Haushaltsführung – sprich, „wir haben einen Schattenhaushalt weitgehend außerhalb der Kontrolle des Stadtrates." Dabei geht es in der Addition der Beträge um einige Millionen EUR.
Und dann fordert die WL noch im Herbst des letzten Jahres in einem Antrag, die Verwaltung möge prüfen, welche weiteren Tätigkeitsfelder bei den Wirtschaftsbetrieben angesiedelt werden können. Natürlich aber nur um Steuern zu sparen.
Wie verträgt sich dann dieses mit der Tatsache, (vorausgeschickt die Information), dass Wirtschaftsbetriebe und Stadt zusammen eine Gesellschaft betreiben, nämlich die Stadtwerke – nur zwei Personen, ohne Mitwirkung des Rates, eine Satzungsänderung bei den Stadtwerken beschließen und durchführen. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsbetriebe und der Bürgermeister beschließen gemeinsam eine Satzungsänderung, schaffen Tatsachen und keiner der gewählten Ratsmitglieder geht auf die Barrikaden?
Stimmt nicht ganz, Herr Dr. Vollmer hat interveniert, war aber nicht erfolgreich!
Sie fragen sich, was dieses mit unseren Haushaltsberatungen zu tun hat?
Ganz einfach: Wir sprachen über Transparenz bei Entscheidungsprozessen und damit auch beim städtischen Haushalt. Und über Schattenhaushalte außerhalb des direkten Zugriffs des Rates. Und über anstehende große Investitionen, die sich expressis verbis nicht in der Haushaltsplanung wiederfinden. Und wir streiten uns im Vorfeld der Haushaltsberatungen über die wirklich wichtigen Dinge.
Weiß eigentlich jemand, wie hoch der Betrag sein wird, den der Bürgermeister ausgeben wird, um beim Blasheimer Markt in diesem Herbst sein Eröffnungsfest am Freitag zu feiern?
Kennt jemand hier die Größe des Repräsentationsetats und der Aufwendungen für Städtepartnerschaften beim Bürgermeister? (rund. 76.000,00 EUR)
Es ist nun ein wenig mehr, als die 400,00 EUR, die im Haushalt für den Behindertenbeirat eingeplant sind. Auf ausdrückliche Nachfrage hat der Kämmerer dann erklärt: „Nach Aussagen von Herrn Haberbosch und Herr Kleffmann, hat der Beirat der Höhe der Pauschale wohl ausdrücklich zugestimmt. Wenn dann darüber hinausgehende Kosten gedeckt werden sollen, sofern sie nicht unabgestimmt, oder in unverhältnismäßiger Höhe anfallen, ist doch alles in Ordnung."
Ich bin mal gespannt, wie und von wem dann entschieden wird, was eine „unverhältnismäßige Höhe" ist. Aber wichtiger ist erst einmal, dass der Beirat arbeiten kann.
Anderes Beispiel:
Aus der Sitzung des Seniorenbeirates von Vorgestern (12.02.19) zum Thema: „Hausaufgabenbetreuung für Kinder mit Migrationshintergrund im Mehrgenerationenhaus".
Dort wird dargestellt, dass man gerne diese Betreuung von Montags bis Donnerstags durchführen möchte. Die Kinder seien jedoch darauf angewiesen, mit dem Bus der Diakonie

zum Mehrgenerationenhaus transportiert zu werden. Die Diakonie hätte aber nur die Mittel, die Spritkosten für 2 Tage in der Woche , Montags und Donnerstags, zu finanzieren. Deshalb könne die Hausaufgabenbetreuung nur Montags und Donnerstag durchgeführt werden. Der Vertreter der Stadt (Herr Stühmeier) wurde darauf gefragt, ob die Stadt nicht für die Finanzierung der Spritkosten sorgen könnte. Darauf erklärte der Mitarbeiter der Stadtverwaltung, er würde sich deshalb an den Runden Tisch wenden. Kein Wort von Geldmitteln aus dem Haushalt, kein Ansatz einer konkreten konstruktiven Hilfe.
Da übernehmen Ehrenamtliche eine ehrenvolle Aufgabe. Die Diakonie finanziert die Fahrtkosten an 2 Tagen. Es fehlen nun also die „Benzinkosten“, die nicht mal gleich „Fahrtkosten“ sind und die Stadt will nun ernsthaft vorschlagen, dass der „Runde Tisch“ zur Flüchtlingshilfe die Kosten übernehmen soll?!!
Ja, geht´s noch? Oder habe ich das von Anfang an missverstanden und der „Runde Tisch“ ist nunmehr für alle Fragen und finanziellen Probleme rund um das Thema „Integration und Migration“ verantwortlich?
Nur zur Info: Der „Runde Tisch“ kämpft derzeit um einen Anteil aus den 303.000,-- € Integrationspauschale 2019. Dieses ist dem Mitarbeiter aus dem Rathaus übrigens auch sehr wohl bekannt.
Dagegen anderseits, am Rande erwähnt, hat man natürlich keine Probleme Geldmittel für ein Feuerwerk, im Zusammenhang mit einem Schützenfest, zur Verfügung zu stellen, oder einem anderen Schützenverein (Eilhausen) 3.000,-- € für eine neue Heizungsanlage im Vereinsheim, zu zuschießen.
Die berechtigte Frage nach den sozialen Prioritäten und Schwerpunkten, drängt sich einem bei den Beispielen!
Kennt jemand eigentlich noch das Programm „Jung kauft Alt“? Bekanntlich ein Rohrkrepierer, der sich aber immer noch im Haushalt wiederfindet.
Was wäre noch wichtig bei diesem Haushalt?
Dass wir mehr Schlüsselzuweisungen bekommen, oder, dass wir mit sinkender Gewerbesteuereinnahme rechnen müssen?
Dann vielleicht, dass wir wieder rund 300 Tausend EUR in die Ausgleichsrücklage buchen?
Unter der Berücksichtigung, dass selbst der Bundesfinanzminister Scholz (SPD) darauf hinweist, dass ggf. schwere Zeiten auf die Kassen zukommen können, ist das bei weitem nicht ausreichend.
Wenn wir schon auf der Ausgabenseite eine Unwucht haben …
Wir treffen nicht genug Vorsorge – und - vor allem - wir aktivieren nicht unsere Einnahmenseite.
Grundstücke in den Gewerbegebieten werden immer noch weit unter den Erstehungs- und Herstellungskosten abgegeben. Die Ablösegebühren für innerstädtischen Parkraum sind weit unter den anfallenden Baupreisen für die Schaffung dieser Parkplätze. Die Pachtzahlungen der Landwirte für städtische Flächen, die landwirtschaftlich genutzt werden, sind z.T. so niedrig, dass diese Flächen zu weitaus höheren Geldbeträgen unterverpachtet werden. Dabei interessiert es auch niemanden, ob dort während der Nacht Unmengen von Gülle aufgebracht werden, oder ob es zu Glyphosat – Einsatz kommen wird.
Auf all diese Fakten haben wir, Bündnis90/Die Grünen, immer und immer wieder hingewiesen. Nur, es scheint hier niemand zu interessieren.
Unsere selbsternannten Haushaltsexperten und Haushaltswächter sprechen in diesem Zusammenhang in den Diskussionen gerne von „Wirtschaftsfreundlichkeit“ der Politik. Wo bleibt denn dann die Bürgerfreundlichkeit? Eine Stadt ohne zufriedene Mitbürger und ohne

engagierte gut ausgebildete junge Menschen (egal welcher Herkunft) ist auch als Wirtschaftsstandort nicht attraktiv.
Herr Fette erklärte in der letzten Ratssitzung, „dass Unternehmen, die sich in Lübbecke ansiedeln wollten, Freunde seien und nicht Feinde. Denn sie stärkten die Wirtschaft und den Standort“.
Kein Widerspruch und das gilt auch für Unternehmen, die schon vor Ort sind. Aber es gilt auch für die Bürger Lübbeckes. Denn auch der bezahlt letztendlich mit seinen Steuern unser Handeln.
Hier könnten, sollten und müssen wir handeln!
Abschließend:
Ein Haushalt, der anscheinend nur zur „regierenden Koalition aus SPD und WL“ passt, oder, um wiederholt das Zitat eines Mitgliedes dieser Koalition zu gebrauchen: „Worüber reden wir eigentlich, wir haben doch die Mehrheit“, wird unsere Zustimmung nicht erhalten!

Heinrich Stenau
- Fraktionsvorsitzender
Bündnis90/Die Grünen (OV Lübbecke)